

ERICH OHLSENHÄGER

WIR BRAUCHEN

EINE NEUE

AUßENPOLITIK

200 170

140

DIN 19 051

120

SOZIALDEMOKRATISCHE

VORSCHLÄGE

WIEDERVEREINIGUNG DEUTSCHLANDS

Erich Ollenhauer:

**Wir brauchen
eine neue
Außenpolitik**

**Sozialdemokratische
Vorschläge zur
Wiedervereinigung Deutschlands**



Herausgeber: Vorstand der SPD, Bonn, 7.56

Druck: DRUCKHAUS DEUTZ

A 85-3689

In der außenpolitischen Debatte des Deutschen Bundestages am 29. Juni 1956 antwortete Erich Ollenhauer, der Vorsitzende der SPD, auf die Regierungserklärung zur außenpolitischen Lage. Die Rede Erich Ollenhauers zeigte das Dilemma, in dem sich die Außenpolitik der Bundesregierung befindet. Erich Ollenhauer ließ es aber nicht bei der Kritik bewenden, sondern unterbreitete die Vorschläge der SPD zur Verbesserung der internationalen Lage und zur Wiedervereinigungsfrage.

Die Wiedervereinigung – das wichtigste Problem der Außenpolitik

Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion begrüßt es, daß die Regierungserklärung, die gestern der Herr Außenminister abgegeben hat, dem Parlament die Möglichkeit zu einer außenpolitischen Debatte gibt. Wir begrüßen es auch, daß der Herr Außenminister zum ersten Male den Versuch unternommen hat, dem Parlament eine Übersicht über die außenpolitische Aktivität der Bundesregierung zu geben. Wir finden allerdings, daß eine solche Übersicht sich nicht in der Aufzählung der verschiedenen Ereignisse und Reisen erschöpfen darf, wenn sie die Grundlage zu einer fruchtbaren Diskussion mit dem Parlament bieten soll.

Ich möchte mich in meiner heutigen Rede im wesentlichen auf das zentrale Problem der Wiedervereinigung Deutschlands im Zusammenhang mit der gegenwärtigen internationalen Situation beschäftigen, und ich möchte mich deshalb jetzt darauf beschränken, einleitend zu einigen Punkten kurz Stellung zu nehmen, die der Herr Außenminister in dem ersten Teil seines Berichtes behandelt hat. Ich kann mich deshalb kurz fassen, weil die in Frage kommenden Probleme das Parlament zu späterer Zeit noch beschäftigen werden.

Die Saarlösung bestätigt die Politik der SPD

Lassen Sie mich zunächst ein Wort über die Saarfrage sagen. Wir hoffen mit dem Herrn Außenminister, daß uns in absehbarer Zeit die in den Grundlinien vereinbarte Abmachung über die Zukunft des Saargebietes zur Beratung und Beschlußfassung vorgelegt werden kann, und daß dann der endgültigen Regelung der Saarfrage nichts mehr im Wege steht.

Wir begrüßen es, daß das Saargebiet am 1. Januar 1957 als ein Teil der Bundesrepublik in den deutschen Staatsverband zurück-

kehrt, und daß auch hinsichtlich der ökonomischen und finanziellen Fragen eine Regelung in Aussicht steht, die von allen Beteiligten akzeptiert werden kann, und die die Grundlage für eine dauernde Befriedung des Saarproblems bilden kann.

Wir möchten aber für die Erreichung dieses Zieles in allererster Linie den deutschen Parteien an der Saar danken, die durch ihren Erfolg im Volksentscheid erst die Voraussetzungen für diese Regelung geschaffen haben. Wir verstehen es, wenn sich jetzt die Bundesregierung befriedigt über das in Luxemburg erzielte Einvernehmen äußert, aber um der historischen Wahrheit willen muß festgestellt werden, daß dieses Ziel erreicht wurde entgegen der Saarpolitik, die die Bundesregierung bis zum Tage der Volksabstimmung betrieben hat. Schließlich war es der Herr Bundeskanzler selbst, der in dem Wahlkampf um den Volksentscheid die Bevölkerung des Saargebietes öffentlich aufgefordert hat, das Saarstatut, das die Rückgliederung des Saargebietes nach Deutschland auf lange Zeit verhindert hätte, anzunehmen. Er hat ausdrücklich vor einer Ablehnung des Statuts gewarnt.

Es hieße, die historische Leistung der deutschen Parteien für die Sache der Wiedervereinigung dieses Teils Deutschlands mit dem Mutterland verkleinern, wollte man jetzt den historischen Ablauf der Dinge einfach ignorieren.

Der Herr Bundesaußenminister hat gestern mit Recht festgestellt, daß die Lösung des Saarproblems nur möglich gewesen ist durch erhebliche materielle Opfer der Bundesrepublik. In diesem Zusammenhang möchte ich auch auf die Tatsache hinweisen, daß die sozialdemokratische Bundestagsfraktion bereits im Februar 1950 hier in diesem Hause durch Dr. Kurt Schumacher der Regierung den Vorschlag unterbreitet hat, das Saarproblem durch ein Angebot der Bundesregierung an die französische Regierung über ein weitgehendes wirtschaftliches Abkommen mit Frankreich zu lösen; wir waren damals schon überzeugt, daß ohne eine solche wirtschaftliche Regelung das politische Problem Saar nicht zu lösen sein würde. Die Regierung hat diesen Vorschlag beiseitegeschoben, und es ist wohl die Frage erlaubt, ob damals eine großzügige Regelung der wirtschaftlichen Probleme, angeboten durch die Bundesregierung, nicht billiger gewesen wäre als die heutige Vereinbarung.

Ich mache diese Bemerkung nicht aus Rechthaberei, sondern weil die Bundesregierung, vielleicht doch aus der Erfahrung in den Saarverhandlungen, den Schluß ziehen sollte, daß die Verzögerung der Lösung unserer Wiedervereinigungsprobleme immer die große Gefahr in sich birgt, daß wir jede Lösung am Ende teurer bezahlen müssen, als wenn wir rechtzeitig initiativ die mit der Wiederver-

einigung verbundenen Aufgaben anpacken. Was sich hier im Westen gezeigt hat, gilt im Prinzip auch für den Osten.

Abschließend möchte ich sagen, daß wir die Saarvereinbarungen vor allem auch aus dem Grunde akzeptieren werden, weil sie tatsächlich eines der schwersten Hindernisse für ein Freundschaftsverhältnis zwischen Frankreich und Deutschland ausräumen. Ein französisch-deutsches Freundschaftsverhältnis ist aber eine Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Zusammenarbeit der europäischen Völker.

Uneigennütige Hilfe für Entwicklungsländer

Eine zweite Bemerkung möchte ich machen im Hinblick auf die Ausführungen des Herrn Bundesaußenministers in bezug auf weitere Schritte in der Richtung der europäischen Zusammenarbeit. Ich denke dabei in erster Linie an die jetzt in Angriff genommene Ausarbeitung der Verträge über den Gemeinsamen Markt und über Euratom. Ich möchte hier heute nur mit Nachdruck die Auffassung des Herrn Außenministers unterstreichen, daß bei der Schaffung weiterer europäischer Gemeinschaften in erster Linie Vorsorge getroffen werden muß, daß diese Gemeinschaften so gestaltet werden müssen, daß sie jederzeit dritten Ländern offenstehen müssen, oder daß mindestens die Zusammenarbeit der Gemeinschaften mit dritten Ländern so leicht wie nur möglich gestaltet werden muß.

Das gilt nicht nur für dritte Länder in Europa, sondern auch für Länder außerhalb Europas. Wir müssen uns darüber klar sein, daß viele der Länder, die gestern der Herr Bundesaußenminister als Entwicklungsländer bezeichnet hat, jedem Versuch eines autarkischen Zusammenschlusses von Gruppen europäischer Länder mit einem gewissen Mißtrauen gegenüberstehen, weil sie fürchten, daß solche Gemeinschaften auch eine gegen ihre Interessen gerichtete Tendenz entwickeln könnten.

Der Herr Bundesaußenminister hat gestern die Notwendigkeit der Ausdehnung unserer Beziehungen zu diesen Ländern stark unterstrichen, und er hat sich für eine verstärkte Hilfe — sei es in Sachlieferungen oder sei es durch Ausbildungsbeihilfen für Techniker und Wissenschaftler — eingesetzt. Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion hat gerade während der Haushaltsberatungen durch entsprechende Anträge die Notwendigkeit einer solchen verstärkten Aktivität unterstrichen, und ich kann hier nur den Wunsch äußern, daß es dem Herrn Außenminister gelingt, seinen Kollegen im Kabinett, den Herrn Finanzminister, und seine Fraktion von der

Notwendigkeit solcher Bewilligungen zu überzeugen, damit seine gestrigen Erklärungen nicht nur leere Worte bleiben.

Wir sehen in dem engeren Verhältnis zu den Völkern, die jetzt ihre nationale Selbständigkeit errungen haben, und die dabei sind, ihre eigene wirtschaftliche und soziale Ordnung aufzubauen, eine entscheidende Aufgabe der Außenpolitik der Bundesrepublik in der kommenden Zeit. Ich möchte allerdings hinzufügen, daß wir dieser Aufgabe nicht gerecht werden, wenn wir ihre Erfüllung nur unter dem Gesichtspunkt des unmittelbaren Nutzens für uns sehen, sondern wenn wir unseren Beitrag sehen als einen Beitrag praktischer Solidarität mit diesen Völkern, damit wir es ihnen erleichtern, ihre innere Ordnung nach ihren Vorstellungen und gemäß ihrer Interessen zu gestalten.

Die Entwicklung eines dauerhaften und fundierten Freundschaftsverhältnisses zwischen diesen Völkern und den Demokratien in Europa hängt davon ab, daß wir ihnen beweisen, daß wir bereit sind, großzügig und uneigennützig mit allem Respekt vor ihrem eigenen Wesen und ihren eigenen Interessen an ihrer Seite zu stehen.

Verbesserung der freundschaftlichen Beziehungen durch Wiedergutmachung

Der Herr Bundesaußenminister hat in seinem Bericht nur sehr kurz seine Besuche in Kopenhagen und in Oslo behandelt. Auch wir glauben, daß diese Besuche nützlich für eine weitere Annäherung zwischen diesen beiden Völkern und dem deutschen Volke gewesen sind. Das gilt auch für den Besuch in Holland. Ich bedaure aber, daß der Herr Bundesaußenminister in diesem Zusammenhang nicht die Frage erwähnt hat, mit der er sich in allen drei Ländern auseinandersetzen mußte, nämlich mit der Frage der Wiedergutmachung für die Staatsangehörigen dieser Länder, die durch die deutsche Besetzung infolge Haft, Verfolgung oder Enteignung persönliche und sachliche Schäden erlitten haben. Ich glaube, daß der Herr Außenminister mit mir darin einig ist, daß diese Wiedergutmachung schnell und in fairer Weise erfolgen muß, und ich hoffe, daß die Regierung ohne Verzögerung die notwendigen Schritte einleitet, um die sicher von uns allen anerkannte Verpflichtung befriedigend zu regeln.

Eine solche Regelung wäre ein weiterer sehr bedeutsamer, aber auch notwendiger Beitrag zur Vertiefung der freundschaftlichen Beziehungen zu diesen Völkern.

Wer ist eigentlich Außenminister?

Um Ihre Zeit nicht übermäßig in Anspruch zu nehmen, verzichte ich, auf weitere Detailfragen des Berichtes des Herr Außenministers einzugehen, und ich möchte mich nun dem Hauptthema des Berichtes und der Debatte zuwenden, nämlich den Vorstellungen der Regierung über die gegenwärtige internationale Situation und ihren Schlussfolgerungen für die Außenpolitik der Bundesrepublik, vor allem in Zusammenhang mit der Frage der deutschen Wiedervereinigung.

Wenn wir das tun, so können wir allerdings nicht nur die Erklärung in Betracht ziehen, die der Herr Außenminister gestern hier als der verantwortliche Ressortminister vorgetragen hat, sondern wir müssen auch das Interview einbeziehen, das der Herr Bundeskanzler unmittelbar vor der Kabinettsitzung, in der die Grundzüge der Erklärung des Herrn Außenministers besprochen wurden, am Dienstag der amerikanischen Nachrichtenagentur INS gegeben hat, wenigstens soweit der Wortlaut dieses Interviews tatsächlich veröffentlicht wurde.

Es ist wohl nicht nur unser Eindruck, daß Zeitpunkt und Inhalt dieses Interviews vom Herrn Bundeskanzler in der Absicht gewählt wurden, auf jeden Fall vor der außenpolitischen Debatte im Bundestag selbst zu Wort zu kommen und wieder einmal deutlich zu machen, wer in der Außenpolitik der Bundesrepublik Koch ist und wer Kellner ist.

Es ist zunächst Angelegenheit der Regierung, besonders des Herrn Außenministers, sich mit diesem neuen Beispiel der Ein-Mann-Politik des Herrn Bundeskanzlers auseinanderzusetzen. Der Herr Bundesaußenminister wird ja für eine solche Auseinandersetzung unter seinen Kollegen im Kabinett einige Bundesgenossen finden. Für die heutige Debatte bringt das Interview des Herrn Bundeskanzlers auf jeden Fall sehr bedeutsame Klarstellungen, und es gibt der Regierungserklärung erst die richtige Farbe.

Nach der Entgegennahme des Berichtes des Außenministers kann man nur feststellen: In diesem Fall war das Vorprogramm aufschlußreicher als der Hauptfilm.

Die falsche Außenpolitik der Bundesregierung verhindert die Wiedervereinigung

Der Bundeskanzler und die Bundesregierung sind bei der Darstellung der außenpolitischen Situation und der sich daraus für die

Bundesrepublik ergebenden Aufgaben wiederum von der Auffassung ausgegangen, daß sich in der internationalen Situation in den letzten Monaten nichts Entscheidendes geändert habe. Sie sind der Meinung, daß es darum auch nicht nötig ist, die bisherige Außenpolitik der Bundesrepublik zu überprüfen und nach neuen Ansatzpunkten und Aufgaben für eine aktive Außenpolitik der Bundesregierung zu suchen.

Wir Sozialdemokraten halten diese Politik für falsch und für außerordentlich gefährlich. Sie bedeutet den Verzicht auf die Möglichkeiten, die Bundesrepublik in die gegenwärtigen Besprechungen und Verhandlungen über eine internationale Entspannung einzuschalten und dabei auch neue Ansatzpunkte für eine positive Förderung unseres vordringlichsten Anliegens, nämlich der Wiederherstellung der deutschen Einheit, zu finden.

Unsere Auffassung gründet sich auf zwei Tatsachen. Die erste besteht darin, daß die Einbeziehung der Bundesrepublik in die NATO die Aussichten für die Wiederherstellung der deutschen Einheit wesentlich verschlechtert und die Verwirklichung dieses Zieles außerordentlich erschwert hat. Der Herr Bundeskanzler hat zwar kürzlich erklärt, in der Frage der Wiedervereinigung seien Fortschritte erzielt worden; aber weder der Bundeskanzler noch die Regierungserklärung haben diese Behauptung durch irgendeinen konkreten Beweis stützen können. Der Herr Bundeskanzler hat vielmehr in seinem Interview mit aller Eindeutigkeit und Schärfe die uneingeschränkte Fortsetzung seiner bisherigen Außenpolitik als notwendig erklärt, und jede Diskussion über eine Revision des Verhältnisses der Bundesrepublik zur NATO im Interesse einer Lösung der Deutschlandfrage mit Entschiedenheit abgelehnt.

Die Meinung des Volkes wird irreführt

In der heutigen Situation bedeutet das Festhalten an einer solchen Politik den Verzicht auf die Wiedervereinigung, und über diesen Tatbestand können alle Erklärungen über angebliche Fortschritte in der Frage der Wiedervereinigung nicht hinwegtäuschen. Sie sind reine Deklamationen, die die öffentliche Meinung unseres Volkes irreführen.

Der zweite Tatbestand, auf den sich unser Urteil über die falsche Außenpolitik der Bundesregierung und ihre Gefährlichkeit für die deutschen Interessen begründet, liegt darin, daß der Herr Bundeskanzler und die Bundesregierung mit Starrheit an einer außenpolitischen Konzeption festhalten, die immer mehr in Widerspruch gerät mit den Realitäten in der internationalen Politik.

Der Herr Bundeskanzler müßte diese Überzeugung selbst am stärksten gewonnen haben auf Grund seiner Erfahrungen während seines letzten Aufenthaltes in den Vereinigten Staaten. Wir teilen das positive Urteil des Herrn Außenministers über die USA-Reise des Herrn Bundeskanzlers nicht. Das kritische Resultat dieser Reise ist doch, daß der Versuch des Herrn Bundeskanzlers gescheitert ist, von der amerikanischen Regierung bindende Zusagen zu erhalten, die bisherige Außenpolitik der amerikanischen Regierung, vor allem auch in bezug auf die Haltung gegenüber der Sowjetunion, unverändert und uneingeschränkt fortzusetzen.

Im Gegenteil, gerade in der Zeit um die Amerikareise des Herrn Bundeskanzlers sind in Amerika offizielle und offiziöse Stimmen laut geworden, die eine Neuorientierung der amerikanischen auswärtigen Politik für notwendig halten. Man glaubt, daß es an der Zeit ist, auf die neuen Methoden der russischen Außenpolitik eine entsprechende Antwort der westlichen Welt zu finden, da die vorwiegend militärische Betrachtung der Dinge der Lage nicht mehr gerecht wird und da auch die Fortsetzung des kalten Krieges den Kern der Probleme der Auseinandersetzung zwischen West und Ost nicht mehr trifft.

Diese Überlegungen haben ein außerordentlich starkes Echo in der amerikanischen Öffentlichkeit gefunden, und angesehene Blätter und Publizisten suchen in freimütiger und offener Weise nach neuen Aspekten der amerikanischen Außenpolitik, vor allem auch in der Frage der Wiedervereinigung Deutschlands. Ich Jenke hier an Blätter wie die „Washington Post“ und an die Publizisten vom Range eines Walter Lippmann.

Nicht nur die amerikanische Öffentlichkeit rückt von der Politik der Stärke ab

Die Folge ist, daß die verschiedenen Stellungnahmen des Herrn Bundeskanzlers, die alle in der Forderung gipfeln, nichts an der bisherigen Haltung zu ändern und die Außenpolitik mit den bisherigen Mitteln der Politik der Stärke und des kalten Krieges fortzuführen, ein überwiegend negatives Echo in der öffentlichen Meinung gefunden haben.

Dabei handelt es sich ja nicht nur um eine Wandlung der Vorstellungen in der amerikanischen Öffentlichkeit, sondern wir finden ähnliche Betrachtungen und Überlegungen in allen westeuropäischen Staaten. Ich verweise hier nur auf die Pläne der britischen und der französischen Regierungen, für Anfang nächsten Jahres, nach den

amerikanischen Präsidenten wählen, eine neue Viererkonferenz abzuhalten.

Die wichtigste Tatsache in diesem Zusammenhang ist aber die Entscheidung der Außenminister der NATO auf ihrer letzten Konferenz in Paris, angesichts der veränderten Situation die Möglichkeiten der Ausweitung der Zusammenarbeit der NATO-Mächte auf das politische und das wirtschaftliche Gebiet zu untersuchen. Die Beauftragung der Außenminister von Kanada, Italien und Norwegen mit der Ausarbeitung von Vorschlägen in dieser Richtung ist der sichtbarste und bedeutsamste Beweis, wie sehr die Dinge in Fluß gekommen sind.

Diese neue Entwicklung ist sicher durch verschiedene Faktoren in der internationalen Politik ausgelöst worden. Eine hervorragende Rolle spielt die schnelle Entwicklung der modernen Massenvernichtungswaffen, und dabei vor allem die Tatsache, daß die Sowjetunion zweifellos in der letzten Zeit so viel in ihrer wissenschaftlichen, technischen und produktionsmäßigen Leistung aufgeholt hat, daß sie sich in der Lage sieht, über alle Probleme der internationalen Politik — auch mit den Vereinigten Staaten — auf der Basis von gleichwertigen Partnern zu verhandeln.

Die Konsequenz, die die Sowjetregierung aus dieser Entwicklung gezogen hat und weiterhin zieht, ist der Versuch, mit den Mitteln einer großangelegten diplomatischen, politischen und psychologischen Offensive zu einer friedlichen Regelung der Beziehungen mit der westlichen Welt zu kommen, die ihr ein Höchstmaß von Sicherheit verschafft und die die Gefahr eines dritten Weltkrieges auf ein Minimum reduziert.

Die Preisgabe des Stalinurses der russischen Kommunistischen Partei findet in dieser Weise ihren Ausdruck in der Außenpolitik. Das bedeutet nicht, daß die Sowjetunion das bolschewistische System aufgegeben hat, und es bedeutet auch nicht, daß die Sowjetunion darauf verzichtet, ihre eigenen Vorstellungen zu vertreten und ihr Einflußgebiet in der Welt zu behaupten und — wenn möglich — zu erweitern. Es bedeutet aber, daß die Möglichkeiten für Verhandlungen über eine Entspannung in der Welt und für eine Politik des friedlichen Nebeneinanderlebens der Völker, ohne Rücksicht auf das innere System der Völker, heute größer sind als vor einigen Jahren. Das aber ist eine entscheidende Wandlung der Welt-situation gegenüber der Lage zur Zeit des Koreakrieges.

Dazu kommt ein in der beklemmenden Entwicklung der Kriegstechnik liegender Zwang zu einer Politik der Entspannung. Alle verantwortlichen Regierungen, vor allem auch die amerikanischen, stehen vor der einfachen Erkenntnis, daß im Interesse der Verhinderung

der Vernichtung der Zivilisation und der Menschheit ein neuer Krieg vermieden werden muß.

Es ist sicher, daß diese Tatbestände in den nächsten Monaten die internationale Politik aller Großmächte entscheidend bestimmen werden.

Die starre Haltung der Bundesregierung führt zur Isolierung Deutschlands

In dieser Lage ist es nach unserer Auffassung unmöglich, daß die Bundesregierung einfach an den Grundsätzen und Vorstellungen einer Politik festhält, die unter ganz anderen Voraussetzungen zur Zeit des Koreakrieges durch die amerikanische Regierung eingeleitet wurde und der sich damals die Bundesregierung, vor allem hinsichtlich der Aufrüstung der Bundesrepublik — entgegen unserer Warnung — vorbehaltlos angeschlossen hat. Das Beharren auf dieser Haltung kann nur zur völligen Isolierung der Bundesrepublik in der internationalen Politik führen. Sie vergrößert außerdem die Gefahr, daß in den Bemühungen um eine internationale Entspannung die Lösung des deutschen Problems ausgeklammert wird, und daß es für unabsehbare Zeit bei der Spaltung Deutschlands bleibt. Das Bedeutsamste in der gestrigen Regierungserklärung ist die Tatsache, daß sie nichts enthält über neue Schritte der Bundesregierung, um die Wiedervereinigungsfrage wieder ins Gespräch zu bringen. Der Herr Außenminister hat zwar eine Note an die vier Mächte angekündigt, in der die vier Mächte noch einmal auf ihre Verpflichtungen aufmerksam gemacht werden sollen. Aber ein solcher moralischer Appell wird den toten Punkt nicht überwinden.

Die Bundesregierung findet sich mit der Spaltung Deutschlands ab

Die Beschränkung der Bundesregierung auf diesen mehr als mageren Vorschlag bedeutet, daß die Bundesregierung in einer der bedeutsamsten Perioden der Entwicklung in der internationalen Politik, die wir seit vielen Jahren erleben, ihre Aufgabe in der Wiedervereinigungsfrage darin sieht, daß sie nichts tut. Eine solche Haltung bedeutet in der Praxis, daß sie sich mit dem Scheitern ihrer Außenpolitik, die in der Wiederaufrüstung der Bundesrepublik das beste und einzige Mittel zur Wiederherstellung der deutschen Einheit sah, abfindet und damit auch abfindet mit der unbegrenzten Fortdauer der Spaltung Deutschlands.

Das deutsche Volk in beiden Teilen Deutschlands wird sich aber mit einer solchen Haltung nicht abfinden. Wenn der Herr Bundeskanzler und die Bundesregierung sich nicht in der Lage sehen, die Außenpolitik der Bundesrepublik den veränderten Umständen anzupassen, dann muß diese Aufgabe ein neuer Bundestag und eine neue Bundesregierung übernehmen.

Wir Sozialdemokraten sind jedenfalls der Auffassung, daß der Augenblick gekommen ist, in dem eine neue Außenpolitik der Bundesregierung eingeleitet werden muß. Sie muß ausgehen von den jetzt gegebenen Tatbeständen, und sie darf sich nicht erschöpfen in der einfachen Wiederholung früherer Formulierungen und Forderungen. Die Forderung nach freien Wahlen in allen vier Zonen und in Berlin als Grundlage für die Wiederherstellung der deutschen Einheit bleibt nach wie vor richtig und unantastbar. Aber eine Politik, die heute, nach der Genfer Konferenz, darauf besteht, daß die Sowjetunion von vornherein freie Wahlen in ganz Deutschland und die Zugehörigkeit eines wiedervereinigten Deutschlands zur NATO akzeptieren muß, ist unrealistisch, weil sie nach Lage der Dinge zu keinem positiven Resultat führen kann. Wir müssen den neuen Ausgangspunkt für eine Diskussion über die Wiedervereinigung mit allen vier beteiligten Mächten auf der Ebene der internationalen Verhandlungen über Entspannung und Sicherheit zu finden suchen. Im Rahmen der Versuche, zwischen West und Ost eine Befriedung der Beziehungen zwischen den Völkern in der Welt und in Europa zu finden, ist die Frage des internationalen militärischen Status eines wiedervereinigten Deutschlands von entscheidender und aktueller Bedeutung. Wir können das primäre Verlangen aller Völker nach Sicherheit und Frieden in Europa nur dann mit unserem Interesse an der Wiedervereinigung in Einklang bringen, wenn wir Deutschen selbst den beteiligten Mächten konkrete Vorschläge für den zukünftigen internationalen, militärischen Status eines wiedervereinigten Deutschlands unterbreiten.

Wir müssen die Initiative ergreifen

Die Bundesrepublik muß die Initiative nehmen, um festzustellen, welche Vorstellungen alle Beteiligten von dem Status eines wiedervereinigten Deutschlands in einem europäischen Sicherheitssystem haben, das sowohl vom Osten als vom Westen akzeptiert werden kann. Ein solcher Vorschlag schließt ein die Bereitschaft der Bundesrepublik, auch die Mitgliedschaft der Bundesrepublik in der NATO zur Debatte zu stellen, wenn auf einer neuen und umfassenderen Ebene mit der Zustimmung aller Beteiligten eine befriedigendere

Regelung der Sicherheitsfrage für die europäischen Völker und das deutsche Volk erreicht werden kann. Selbstverständlich ist in solchen Verhandlungen auch die Mitgliedschaft der sowjetisch besetzten Zone im Warschauer Pakt in der gleichen Weise zur Diskussion zu stellen.

Dieser Vorschlag der Sozialdemokratie ist nicht neu, aber seine Bedeutung liegt darin, daß er heute in den Bemühungen, zu einer internationalen Entspannung zu kommen, ungleich größeres Gewicht hat als noch vor zwei Jahren, als er auch in diesem Hause als illusionär bezeichnet wurde.

Was wir also verlangen, ist, daß die Bundesregierung einen solchen Vorschlag ausarbeitet und ihn als ihren Vorschlag den beteiligten vier Mächten mit der Bitte um Verhandlungen über ihn unterbreitet. Eine solche Initiative bedeutet keine Verletzung unserer Verträge und Verpflichtungen gegenüber den Westmächten, denn die Verträge selbst sehen Untersuchungen vor über Veränderungen der Verträge und Verpflichtungen für den Fall, daß wesentliche Veränderungen in der internationalen Situation eingetreten sind. Daß das der Fall ist, wird außerhalb Bonns wohl von niemand ernsthaft bestritten.

Die diplomatischen Beziehungen mit Moskau müssen ausgenutzt werden

Eine derartige Verhandlung über die internationale Position eines wiedervereinigten Deutschlands setzt aber nicht nur Verhandlungen mit den westlichen Vertragspartnern voraus, sondern auch eine Normalisierung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion. Hier stehen wir vor einem der trübsten Kapitel der Außenpolitik der Bundesregierung in den letzten Monaten. Die Lage ist geradezu phantastisch. Der Bundestag hat im vorigen Herbst einstimmig auf Vorschlag des Herrn Bundeskanzlers die Aufnahme diplomatischer Beziehungen beschlossen. Der Herr Bundeskanzler hat die Vereinbarungen über diesen Schritt in Moskau in voller Kenntnis der Verhältnisse in der Sowjetunion und unter dem Eindruck persönlicher Beziehungen mit den maßgebenden Männern der Moskauer Regierung unterschrieben. Er hat damals sehr anerkennende Worte über die Qualität der Männer gefunden, die heute das bolschewistische Regime in der Sowjetunion repräsentieren, das der Herr Bundeskanzler in seiner Kölner Rede als den „Todfeind“ bezeichnet hat. Der Herr Bundeskanzler hat die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion nicht nur als notwendig,

sondern auch als nützlich im Interesse unserer Wiedervereinigungspolitik bezeichnet.

Seit dem Austausch der Diplomaten auf Grund dieses Abkommens ist aber von der Bundesregierung nicht das Geringste geschehen, um die hier gegebenen Möglichkeiten diplomatischer Kontakte in Bonn und Moskau auszunutzen zur Klärung der beiderseitigen Standpunkte und mindestens zu der vorbereitenden Feststellung, ob die Sowjetunion bereit wäre, über einen konkreten Vorschlag über den zukünftigen internationalen militärischen Status eines wiedervereinigten Deutschlands zu verhandeln. Im Gegenteil, als der Herr Außenminister kurz nach der Ankunft unseres Botschafters in Moskau zu seinem ersten Bonner Besuch nach der Übernahme seines Amtes ankündigte, man werde dem deutschen Botschafter Vorschläge für Unterhaltungen mit der Sowjetregierung in der Wiedervereinigungsfrage mitgeben, blieb diese sehr begrüßenswerte Initiative sofort an dem entscheidenden Widerstand des Bundeskanzlers hängen, und Herr Haas ging mit leeren Händen nach Moskau zurück.

Offensichtlich ist es die Vorstellung der Regierung, die Beziehungen Bonn—Moskau sozusagen zunächst einmal auf Eis zu legen. Die Konsequenzen dieser Haltung für die großen Fragen der deutschen Politik werden sich noch zeigen. Im täglichen Ablauf der Dinge aber führt diese Politik zur geradezu tragikomischen Situation. Ich meine hier die Kontroverse, die entstanden ist im Zusammenhang mit der Wiedergabe von Äußerungen des französischen Ministerpräsidenten durch den Herrn Bundeskanzler über angebliche Äußerungen des Herrn Chruschtschow im Zusammenhang mit der deutschen Frage. Da gab es Erklärungen und Gegenerklärungen in Bonn und Paris, da gab es offiziöse Stellungnahmen in Moskau und in Bonn, kurzum, man dementierte und deklarierte so lange, bis die letzte Klarheit verwischt war. Man bot der Welt ein deprimierendes Schauspiel, statt den einfachsten Weg zu wählen und unseren Botschafter in Moskau zu beauftragen, an Ort und Stelle bei den Beteiligten eine authentische Auskunft einzuholen. Hier wird die Starrheit in der Politik zur Lächerlichkeit. Diesen Eindruck hat auch die gestrige Erklärung des Herrn Außenministers nicht beseitigen können.

Wenn man glaubt, auf diese Weise und auch durch das Verhalten gegenüber dem russischen Botschafter in Bonn, der russischen Regierung das Nichtinteresse der Bundesregierung an Gesprächen mit Moskau deutlich zu machen, dann muß man sich darüber klar sein, daß sich ein solches Verhalten nur zum Nachteil der deutschen Sache, vor allem der Sache der Wiedervereinigung, auswirken kann. Das

Problem der Normalisierung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und einem Land wie der Sowjetunion ist an sich schon sehr belastet durch die unüberbrückbaren Gegensätze in bezug auf die innere Struktur und auf die politischen Grundvorstellungen der beiden Länder. Es ist deshalb töricht, sie noch weiter zu komplizieren und dabei einfach die Tatsache zu ignorieren, daß es ohne ein korrektes und sauberes Verhältnis zur Sowjetregierung keine Wiedervereinigung geben wird.

Wir Sozialdemokraten halten die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Moskau auch heute noch für richtig und notwendig, weil nur auf diesem Wege das unvermeidliche Gespräch über die deutsche Frage wieder in Gang gebracht werden kann; und wir fordern von der Bundesregierung, daß sie unverzüglich die Normalisierung der Beziehungen durch die Ausnutzung aller auf diplomatischem Gebiet liegenden Möglichkeiten vornimmt.

Die Handelsbeziehungen zur Sowjetunion sollten ausgebaut werden

Wir halten es darüber hinaus für notwendig, daß die Bundesrepublik auch in Verhandlungen mit der Sowjetregierung eintritt, um die Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern zu normalisieren und auszubauen. Es ist ein unhaltbarer Zustand, und es ist auch eine unaufrichtige Politik, wenn man auf der einen Seite zuläßt, daß sich in wachsendem Maße wirtschaftliche Beziehungen deutscher Unternehmungen mit der Sowjetunion entwickeln, und auf der anderen Seite sich weigert, diese Beziehungen durch den Abschluß eines Handelsabkommens zu normalisieren. Abgesehen davon, daß auf diese Weise die beiderseitigen Beziehungen der Völker im Dienste eines besseren Verständnisses ausgebaut werden könnten, ist es auch die Aufgabe der Regierung, durch ein derartiges Handelsabkommen selber die Übersicht über die wirtschaftlichen Beziehungen zu behalten.

In jedem Fall ist es notwendig, unser Verhältnis zur Sowjetunion so zu regeln, daß wir über gemeinsame Angelegenheiten der beiden Völker in der gleichen Weise auf diplomatischem Wege mit der Sowjetregierung sprechen und verhandeln können wie wir es mit den anderen an der Deutschlandfrage beteiligten Mächten tun. Eine neue Außenpolitik der Bundesrepublik muß auch das Verhältnis der Bundesrepublik zu den Ostblockstaaten neu zu regeln suchen. Es gibt keinen Zweifel darüber, daß die osteuropäischen Staaten bemüht sind, in einen engeren Kontakt mit den übrigen Staaten der Welt und auch mit der Bundesrepublik zu kommen.

Diese Auswirkung des neuen außenpolitischen Kurses der Sowjetunion und der Kommunistischen Partei in den Ostblockstaaten ist für die weitere europäische Entwicklung von besonderer Bedeutung. Es ist sicher verfrüht, heute schon ein abschließendes Urteil über die Auswirkungen dieses neuen Kurses auf die europäische und internationale Politik zu fällen; aber die Tatsache einer gewissen Auflockerung der Situation ist unbestreitbar.

Verhandlungen mit den Ostblockstaaten – ein Akt verantwortungsbewußter Politik

Nach unserer Auffassung gibt es für die Bundesrepublik in einer Zeit, in der auf internationalem Feld jeder mit jedem redet und den Versuch macht, die Beziehungen untereinander besser zu regeln, ein unmittelbares Interesse daran, mit allen Staaten möglichst normale Beziehungen zu unterhalten, um in die internationale Diskussion auch auf dieser Ebene mehr eingeschaltet zu sein, als es heute der Fall ist. Ein solcher Schritt kann keinesfalls als eine unfreundliche Haltung gegenüber unseren westlichen Partnern ausgelegt werden, denn sie selbst unterhalten ja seit langem normale diplomatische Beziehungen zu allen diesen Ostblockstaaten; und sie sind in der letzten Zeit im Zuge der neuen Entwicklung wesentlich intensiviert worden.

Selbstverständlich gibt es für die deutsche Politik dabei besondere Probleme, die sich aus der Spaltung Deutschlands und aus dem Fehlen einer friedensvertraglichen Regelung der Grenzfragen ergeben. Die Normalisierung der Beziehungen zu den Ostblockstaaten kann und darf keine Anerkennung der Spaltung Deutschlands und keine Anerkennung der vorläufigen Grenzen im Osten Deutschlands bedeuten. Die Bundesrepublik hat aber vor dem gleichen Problem bei der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen mit der Sowjetunion gestanden, und der Herr Bundeskanzler selbst hat uns seinerzeit dargelegt, daß diese Schwierigkeiten nach seiner Überzeugung ausgeräumt wurden durch den besonderen Brief, den der Herr Bundeskanzler der russischen Regierung nach Abschluß der Vereinbarungen übermittelt hat und in dem ausdrücklich die Vorbehalte festgelegt worden sind. Eine solche Regelung wäre auch in den Fällen möglich, in denen wir diese Vorbehalte machen müssen. Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion ist im Gegensatz zur Auffassung des Herrn Außenministers der Meinung, daß die Normalisierung der Beziehungen zu osteuropäischen Ländern zunächst in Angriff genommen werden sollte zu den Ländern, die unmittelbar

an Deutschland angrenzen, wie Polen und die Tschechoslowakei. Es ist auch eine Frage von Verhandlungen, in welcher Weise die Normalisierung in Gang gebracht wird. Es gibt ja hier verschiedene praktisch erprobte Möglichkeiten der gegenseitigen Vertretungen, an deren Ende die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen stehen könnte.

Es gibt vom deutschen Standpunkt aus auch noch einen weiteren Gesichtspunkt, der für die Aufnahme solcher Beziehungen spricht. In fast allen Ländern Osteuropas leben noch eine große Zahl von Deutschen, die in der Vergangenheit unter sehr schweren Bedingungen ihre Existenz fristen mußten. Viele von ihnen haben den Wunsch, mit ihren jetzt in der Bundesrepublik lebenden Angehörigen wieder in einen persönlichen Kontakt zu kommen. Die Schaffung deutscher Vertretungen in diesen Ländern würde daher nicht nur die Möglichkeit der Erweiterung der Beziehungen mit diesen Ländern im allgemeinen bieten, sondern sie könnte auch eine Hilfe sein für diese deutschen Menschen.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch an die Bundesregierung die Forderung richten, das seit langem vorbereitete und praktisch fertiggestellte Handelsabkommen mit der Regierung in Peking zu unterzeichnen und die Unterzeichnung nicht an Formalitäten und Meinungsverschiedenheiten über den zweckmäßigsten Ort der Unterzeichnung weiter zu verzögern. Das Interesse, das hier vom Standpunkt der deutschen Wirtschaft im Spiel ist, liegt auf der Hand, und im übrigen gelten für eine solche Entscheidung auch alle die anderen Gründe, die dafür sprechen, daß die Bundesrepublik in der Ausgestaltung ihrer Beziehungen zu allen Völkern der Welt aktiv wird.

Keine Anerkennung Pankows

Zu einer neuen Außenpolitik gehört selbstverständlich auch das innerdeutsche Problem der Beziehungen zwischen den beiden Teilen Deutschlands. Wir haben kürzlich in diesem Hause eine ausführliche Debatte über die Normalisierung der Beziehungen zur Bevölkerung in der Sowjetzone gehabt, und wir werden in den Ausschüssen die Einzelmaßnahmen noch sehr eingehend zu besprechen haben. Es ist unsere Auffassung, daß von der Seite der Bundesrepublik das Höchstmaß dessen geschehen sollte, was notwendig ist, um die wirtschaftlichen, kulturellen und persönlichen Beziehungen zwischen den beiden Teilen Deutschlands so eng wie nur möglich zu gestalten.

Dieses Bemühen um das möglichst enge Zusammenleben der beiden Teile des deutschen Volkes ist ein wesentlicher Bestandteil jeder ernsthaften Anstrengung der deutschen Politik für die Wiedervereinigung.

Die Diskussion über diesen Fragenkomplex ist zweifellos belastet mit der Forderung der sowjetischen Regierung und der Machthaber in Pankow, die Lösung der Deutschlandfrage auf der Ebene direkter Verhandlungen zwischen Bonn und Pankow zu betreiben. Der Herr Außenminister hat ausführlich zu diesem Komplex Stellung genommen. Unsere Meinung ist: **Die Sozialdemokratische Partei hält an ihrer Auffassung fest, daß Verhandlungen über das zentrale politische Problem der Wiedervereinigung zwischen Bonn und Pankow nicht möglich sind.** Es geht nicht allein darum, daß wir die demokratische Legitimation des Pankower Regimes bestreiten. Die Verlagerung der Verhandlungen über die Wiedervereinigung Deutschlands auf die innerdeutsche Ebene, die Übertragung der Lösung dieser Aufgabe an die Deutschen selbst, vertreten durch die Regierungen in Bonn und in Pankow, bedeutet, daß wir die Vier Mächte aus der von ihnen selbst übernommenen und immer wieder feierlich anerkannten Verpflichtung entlassen, für die Wiederherstellung der deutschen Einheit zu wirken.

Die Wiederherstellung der deutschen Einheit kann nicht ohne die Deutschen erfolgen, aber sie ist nur möglich, wenn die Vier Mächte unter Mitwirkung der Deutschen das entscheidende Wort einer Vereinbarung zwischen ihnen für die Wiederherstellung der deutschen Einheit selbst sprechen.

Ich habe in dieser Rede mit so großem Nachdruck die Notwendigkeit einer aktiven Wiedervereinigungspolitik der Bundesrepublik unterstrichen, daß niemand den Vorwurf erheben kann, wir wollten eine Politik, die anderen die Lösung unseres wichtigsten nationalen Problems überläßt, oder ihnen allein die Verantwortung zuschiebt. Wir haben unseren Teil zu leisten, und unsere Kritik an der Bundesregierung besteht ja gerade darin, daß wir ihr den Vorwurf machen, daß sie nicht genug tut. Aber die Verlagerung dieser Wiedervereinigungsbemühungen auf die Ebene Bonn — Pankow birgt für das deutsche Volk die Gefahr in sich, daß die Kräfte in der internationalen Politik gestärkt werden, die die Fortführung der internationalen Entspannungspolitik unter Umständen auch unter Ausklammerung der deutschen Frage betreiben möchten. Es ist unsere feste Überzeugung, daß Entspannung und Sicherheit in Europa nicht denkbar sind unter Beibehaltung der Spaltung Deutschlands, und es ist daher auch ein europäisches und internationales Interesse, die

vier beteiligten Mächte aktiv an der Lösung dieses Problems in jedem Stadium der internationalen Entwicklung zu beteiligen.

Es ist verständlich, daß die Herren von Pankow, die Losung „Deutsche an einen Tisch“ mit besonderer Lautstärke erheben. Für sie wäre eine solche Politik die denkbar größte Stärkung ihrer Position. Das hat bei dem gegenwärtigen Entwicklungsprozeß, der durch die Neuorientierung der kommunistischen Politik eingeleitet worden ist, gerade für die kommunistische SED in der Sowjetzone noch eine besondere Bedeutung. Die kommunistische SED in der Sowjetzone ist die Partei, die bisher die geringfügigsten Konsequenzen aus der Anti-Stalin-Politik gezogen hat. Die hervorragendsten Repräsentanten der Stalinperiode sind in der Sowjetzone noch immer im vollen Besitz ihrer Macht. Ganz abgesehen von der Frage, welche Bedeutung die neue kommunistische Haltung für die zukünftige Politik der kommunistischen Parteien in der Welt haben wird, es kann den demokratischen Kräften in der Bundesrepublik nicht zugemutet werden, in diesem Stadium durch direkte Verhandlungen zwischen Bonn und Pankow die hervorragendsten Exponenten einer auch nach kommunistischen Vorstellungen überholten Politik zu stützen.

Wir sind uns darüber klar, daß im Zuge aller zukünftigen Verhandlungen zwischen den Vier Mächten und zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion die Rolle von Pankow immer von neuem ins Spiel gebracht werden wird. Es ist auch kein Zweifel darüber, daß im Zuge einer Realisierung eines Wiedervereinigungsprogramms die praktische Durchführung zwischen Vertretern beider Teile Deutschlands ausgehandelt werden muß. Aber solche Verhandlungen sind nach unserer Auffassung nur denkbar, wenn sie im Rahmen einer prinzipiell vereinbarten und festgelegten Regelung durch die Vier Mächte und auf der Basis und im Rahmen dieser grundsätzlichen Vereinbarungen erfolgen. Im übrigen wird die Rolle von Pankow in der deutschen Politik nicht zuletzt davon abhängen, welches Maß von Aktivität in der deutschen Frage die Bundesrepublik selbst entfaltet. Jede Passivität, jedes Laufenlassen der Dinge, wie es jetzt die Politik der Bundesregierung ist, muß den gesamten Verhandlungswert der Pankower Machthaber erhöhen.

Sowjetische Vorschläge müssen sorgfältig geprüft werden

Schließlich gibt es noch einen denkbaren deutschen Beitrag zur Förderung der Entspannung und zur Erhöhung der Aussichten für die Lösung des Deutschlandproblems. Es handelt sich um die



Frage, ob und in welcher Weise die Bundesrepublik einen Beitrag zur Reduzierung der Rüstungen leisten kann. Auch der Herr Bundesaußenminister hat sich mit der Note beschäftigt, die der russische Ministerpräsident Bulganin den Westmächten und der Bundesrepublik übermittelt hat, und in der er die Reduzierung der russischen Streitkräfte in Rußland und in der Sowjetzone notifiziert und die Westmächte und die Bundesrepublik auffordert, mit entsprechenden Schritten auch bei den auf deutschem Boden stehenden Streitkräften zu folgen. In der Note an die Bundesregierung ist auch die Bemerkung enthalten, daß ein solcher Schritt auch dazu beitragen könnte, die Wiedervereinigung Deutschlands zu erleichtern. Ich will hier in keine Untersuchung darüber eintreten, welche militärische Bedeutung die Reduzierung der Truppenstärken in der Sowjetunion hat, um so weniger als eine Kontrolle dieser Maßnahme nicht möglich ist. Die Veränderungen in der Kriegstechnik haben in allen Ländern auch ihre Rückwirkungen auf die Stärken der konventionellen Streitkräfte. In jedem Fall aber ist hier ein Schritt der Sowjetregierung erfolgt, der eine Erleichterung der Lage bedeutet, und den daher niemand ohne genaueste Prüfung achtlos beiseite schieben kann, der ein Interesse daran hat, daß wir jede Möglichkeit ausnutzen, um zu einer Beschränkung der Rüstungen zu kommen.

Der Herr Bundeskanzler hat es für richtig gehalten, sofort nach Empfang dieser Note ein eindeutig negatives Urteil zu fällen und zu veröffentlichen. Er wäre besser beraten gewesen, wenn er mit seiner Stellungnahme etwas gewartet hätte, denn dann hätte er sich mindestens in diesem Falle an der Stellungnahme des amerikanischen Außenministers Dulles ein Beispiel nehmen können. Er war es, der wenige Tage später erklärte, die amerikanische Regierung werde die russische Note sehr aufmerksam durch das State Department, durch das Kriegsministerium und durch den Sonderbeauftragten des Präsidenten für Abrüstungsfragen, Stassen, prüfen lassen. Daß die amerikanische Regierung die Angelegenheit wesentlich ernster nimmt, geht ja auch daraus hervor, daß sie die vom Bundeskanzler vorgeschlagene gemeinsame negative Beantwortung der Note abgelehnt hat. Die Bemerkungen des Außenministers zu diesem Punkt sind eine Bestätigung dieser Feststellung.

Die Folge dieser Art von Politik ist, daß Herr Adenauer sich von einer großen amerikanischen Zeitung sagen lassen muß, er sei mehr Dulles als Dulles selbst. Im Grunde offenbart dieser Vorgang das Kernstück der gegenwärtigen außenpolitischen Kon-

zeption des Herrn Bundeskanzlers. Er will unter keinen Umständen auch nur eine Diskussion über eine Abrüstung, solange die deutschen Streitkräfte nicht voll aufgebaut sind.

Die einsichtslose Wiederbewaffnungspolitik verhärtet die Spaltung Deutschlands

Die Konsequenz dieser Haltung erleben wir in geradezu grotesker Weise in diesen Tagen in dem hartnäckigen Kampf der CDU-Fraktion für die Forderung ihres Kanzlers, das Wehrpflichtgesetz noch vor den Ferien zu verabschieden. Es ist dasselbe Manöver, das wir im vorigen Jahre mit der überhasteten Verabschiedung des Freiwilligengesetzes erlebt haben. Damals mußte das Freiwilligengesetz durchgepeitscht werden, damit es auf die Genfer Konferenz der Vier Großen Eindruck machen sollte. Das war eine Illusion. Dieses Mal bestehen Herr Adenauer und die CDU auf der Verabschiedung des Wehrpflichtgesetzes, weil Herr Adenauer glaubte, bei seinem Besuch in Amerika neben den 650 Millionen D-Mark Stationierungskosten auch noch die Zusage der Verabschiedung des Wehrpflichtgesetzes mitnehmen zu müssen. Dabei weiß jedermann in diesem Hause, daß das Gesetz für sich in bezug auf den Wiederaufbau der Streitkräfte auf der Basis der allgemeinen Wehrpflicht ein Torso ist, da es nicht einmal die Dauer der Dienstzeit festlegt und da auch das Organisationsgesetz fehlt. Vor allem gibt es keinen durchschlagenden Grund in der internationalen Politik für diese Art von Vergewaltigung des Parlaments. Außerdem wird hier auch eisern bestanden auf der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, während in anderen Ländern, wie zum Beispiel in England, das bestimmt ein treues Mitglied der NATO ist, der Übergang von der allgemeinen Dienstpflicht zum Berufsheer öffentlich diskutiert und von der Regierung ernsthaft in Aussicht genommen wird.

Das alles nimmt die Regierung und ihre CDU/CSU-Fraktion nicht zur Kenntnis. Sie nennt das Ganze: Festigkeit in der Politik. In Wirklichkeit aber ist es eine Einsichtslosigkeit und eine Halsstarrigkeit, die einmalig dasteht.

Dabei geht es bei diesem Gesetz auch noch um die Frage, welche Konsequenzen die Durchführung der Aufrüstung auf der Basis der allgemeinen Wehrpflicht für die Wiedervereinigung und vor allem für die Beziehungen zur sowjetisch besetzten Zone haben wird. Schon durch die mit der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht verbundene Einführung der sogenannten Wehrüberwachung ist

eine wesentliche Einschränkung der gegenwärtig möglichen menschlichen Beziehungen zu befürchten. Folgt der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in der Bundesrepublik die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in der Zone, dann ist eine weitere Verhärtung der Spaltung Deutschlands unvermeidlich. Auf der anderen Seite wäre eine Bereitschaftserklärung der Bundesregierung mit allen beteiligten Partnern im Westen und mit der Sowjetunion über eine Reduzierung der für die Bundesrepublik in Aussicht genommenen Streitkräfte unter Verzicht auf die allgemeine Wehrpflicht in der gegenwärtigen Lage ein sehr eindringlicher Beweis für den Willen der Bundesrepublik, alles zu tun, was in ihren Kräften steht, um Entspannung und Abrüstung zu fördern und die Hindernisse für die Wiedervereinigung Deutschlands abzubauen.

Die Haltung der SPD wurde bestätigt – die Politik der Stärke ist gescheitert

Ich hoffe, daß meine konkreten Vorschläge deutlich gemacht haben, welche Vorstellungen die Sozialdemokratie hinsichtlich der Außenpolitik der Bundesrepublik in einem neuen Abschnitt der internationalen Entwicklung hat. Der Westen und wir stehen nach unserer Überzeugung vor der großen Aufgabe, der neuen Methode der russischen Außenpolitik mit entsprechenden Mitteln zu begegnen. Die bisherigen, rein auf das gegenseitige militärische Kräfteverhältnis abgestellten Methoden sind nicht mehr zeitgemäß. Auf die politische, wirtschaftliche und psychologische Offensive der Sowjetunion muß der Westen mit entsprechenden Mitteln antworten. Ich habe eingangs dargelegt, daß diese Erkenntnis in der westlichen Welt zunehmend an Boden gewinnt, und wir können im Interesse der Freiheit und der Demokratie nur die Hoffnung haben, daß sie bald zu entsprechenden praktischen Schlußfolgerungen kommt. Ein solches Resultat wird von entscheidender Bedeutung für die Position der freien Welt, aber auch für das Vertrauen sein, das die freie Welt bei den Völkern gewinnen muß, die, vor allem in Asien und Afrika, außerhalb der beiden Machtblöcke stehen. Das deutsche Volk und die Bundesrepublik als ein Teil dieses Volkes hat in dieser Auseinandersetzung im Interesse der freien Welt und in seinem eigenen Interesse in dieser neuen Entwicklung sicher keine entscheidende, aber doch eine bedeutsame Rolle zu spielen. Wenn wir das wollen, und wenn wir so auch die Lösung der deutschen Frage in den Gesamtkomplex der Politik der Entspannung und Befriedung rücken wollen, dann ist eine neue Außenpolitik, in

der von mir hier skizzierten Richtung unerlässlich und dringend erforderlich.

Die Sozialdemokratie hat in den vergangenen Jahren mit Nachdruck die bisherige Außenpolitik der Bundesregierung bekämpft, weil wir in ihrer einseitigen Orientierung auf eine Politik der Stärke, auf die Einbringung eines deutschen Beitrags in die Militäralliance des Westens keinen geeigneten Weg für die erfolgreiche Lösung des deutschen Problems gesehen haben. Die Entwicklung hat uns recht gegeben. Die Politik der Stärke als Mittel einer Politik der Wiedervereinigung ist gescheitert. Das Resultat ist bedrückend für jeden, der eine Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit will.

Wir haben Chancen – Wir müssen sie erkennen und nutzen

Aber es gibt noch eine Chance, und das ist unsere Hoffnung. Heute haben Entwicklungen, die außerhalb unserer Macht liegen, die Aussichten für eine Lösung der internationalen Probleme oder doch mindestens für eine wesentliche Verminderung der internationalen Spannungen zugenommen. Unsere Chance ist, in dieser Atmosphäre durch Verhandlungen die deutsche Frage der Lösung näherzubringen. Voraussetzung ist, daß die Bundesrepublik bereit ist, diese Chance zu nutzen und selber initiativ zu werden, um auf einer breiteren und höheren Ebene als der Einzementierung der beiden Teile Deutschlands in die Machtblöcke des kalten Krieges, das geeinte deutsche Volk in eine europäische Sicherheitsorganisation einzugliedern, die dem deutschen Volke und allen seinen Nachbarn in Europa ein Höchstmaß an Sicherheit und an Aussichten für eine friedliche und freiheitliche Entwicklung gibt.

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Die Wiedervereinigung — das wichtigste Problem der Außenpolitik	3
Die Saarlösung bestätigt die Politik der SPD	3
Uneigennützige Hilfe für Entwicklungsländer	5
Verbesserung der freundschaftlichen Beziehungen durch Wiedergutmachung	6
Wer ist eigentlich Außenminister?	7
Die falsche Außenpolitik der Bundesregierung verhindert die Wiedervereinigung	7
Die Meinung des Volkes wird irreführt	8
Nicht nur die amerikanische Öffentlichkeit rückt von der Politik der Stärke ab	9
Die starre Haltung der Bundesregierung führt zur Isolierung Deutschlands	11
Die Bundesregierung findet sich mit der Spaltung Deutschlands ab	11
Wir müssen die Initiative ergreifen	12
Die diplomatischen Beziehungen mit Moskau müssen ausgenutzt werden	13
Die Handelsbeziehungen zur Sowjetunion sollten ausgebaut werden	15
Verhandlungen mit den Ostblockstaaten — ein Akt verantwortungsbewußter Politik	16
Keine Anerkennung Pankows	17
Sowjetische Vorschläge müssen sorgfältig geprüft werden	19
Die einsichtslose Wiederbewaffnungspolitik verhärtet die Spaltung Deutschlands	21
Die Haltung der SPD wurde bestätigt — die Politik der Stärke ist gescheitert	22
Wir haben Chancen — Wir müssen sie erkennen und nutzen	23